

Gegenwind oder doch ein Sturm? Antifeminismus in der Gleichstellungsarbeit

Eine Handreichung zu Strategien und Best Practice
in der kommunalen Gleichstellungsarbeit

Herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG).

In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Gender und
Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung.

Unter fachlicher Beratung von Lola für Demokratie e.V. - ZAFFA:
Zentrale Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter
Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus

*Erarbeitet vor dem Hintergrund langjähriger zivilgesellschaftlicher
Praxis in der Fachberatung und Unterstützung bei Antifeminismus
sowie auf Grundlage von Expertinnen-Interviews und einer
umfangreichen bundesweiten Online-Befragung von über 350
kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.*



Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen



Zur Publikation

Die im April 2026 erschienene Handreichung richtet sich an kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie an ihre Verbündeten in Verwaltungen, Politik und Zivilgesellschaft. Sie bietet eine Einführung und Beispiele zu Antifeminismus im kommunalen Alltag.

Antifeminismus meint dabei wiederkehrende, systematische Versuche, die Gleichstellung von Frauen und die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsstellen abzuwerten, lächerlich zu machen und einzuschränken bis abzuschaffen – begleitet von Sexismus, gleichstellungs- und frauenfeindlichen Erzählungen, teils initiiert und befeuert durch antifeministische Narrative, Desinformationen und Kampagnen in öffentlichen Debatten und digitalen Medien.

Die Anfeindungen und Infragestellung von Gleichstellungsarbeit und gesellschaftlichen Gleichstellungsgrundsätzen geht immer häufiger mit teils massiven Bedrohungen und direkten Eingriffen in die persönliche Sicherheit und Privatsphäre der einzelnen Beauftragten oder Mitarbeitenden einher.

Die Erfahrungen mit solchen Angriffen und deren Auswirkungen konnten bisher vor allem exemplarisch beschrieben werden. Auf Grundlage von Expertinneninterviews und einer umfassenden Online-Erhebung können in dieser Publikation erstmals aktuell vorliegende Ausprägungen und Mechanismen solcher Angriffe übergreifend systematisiert und beschrieben werden.

Zentrale Ergebnisse der Online-Befragung

- **95 Prozent der Befragten sehen die Gleichstellungsarbeit in Deutschland durch antidemokratische Entwicklungen bedroht.**
- Rund **63 Prozent** geben an, in ihrer Arbeit mindestens eine Form antifeministisch motivierter Angriffe oder Untergrabungen ihrer Tätigkeit zu erleben.
- **40 Prozent** der Befragten haben in den letzten zwei Jahren **mehrere Angriffe** erlebt, (zwei bis sechs Vorfälle oder mehr). Gut 10 Prozent erlebten sogar mehr als sechs Vorfälle (zwischen 7 und mehr als 24) in den letzten zwei Jahren (Stand November 2025). Hier kann davon gesprochen werden, dass Angriffe und der Umgang damit mittlerweile regelmäßig zum Berufsalltag gehören.
- Die häufigste Form der Angriffe sind direkte **verbale Anfeindungen** im Amt (ein Drittel), gefolgt von strukturellen Angriffen und interner Sabotage. 14 Prozent geben an, **digitale Gewalt** mit teils entmenschlichenden Gewaltfantasien zu erleben.

Die Online-Befragung richtete sich an alle kommunalen Frauen- und Gleichstellungsstellen, die sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG), als bundesweite Interessenvertretung, zusammengeschlossen haben. Im Befragungszeitraum von Oktober bis November 2025 beteiligten sich 351 in der kommunalen Gleichstellungsarbeit tätige Personen (79 % hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte, 8 % ehrenamtliche, 13 % andere, aber vergleichbare Funktionen, bspw. Stellvertretung oder Referent*innen mit Gleichstellungsauftrag). Die Befragung ist nicht vollumfassend repräsentativ, erfasst aber das gesamte Bundesgebiet und spiegelt deutlich wider, welche Erfahrungen in verschiedenen Regionen und kommunalen Kontexten gemacht werden. Aber auch, welche spezifischen Kompetenzen und Umgangsstrategien daraus hervorgehen und im beruflichen Umfeld und Fachnetzwerk geteilt werden.

Auswirkungen auf Tätigkeitsausübung

und Handlungsspielräume

Fast jede sechste Gleichstellungsbeauftragte gibt an, die eigene Sicherheit oder die ihres Teams als spürbar bedroht zu empfinden.

- 22–30 Prozent schränken aufgrund von Angriffen und antifeministischen Debatten die Themen ein, die sie bearbeiten
- Mehrfach wird berichtet, dass Projekte bewusst kleiner geplant, Öffentlichkeitsarbeit zurückgefahren, Veranstaltungen zur Absicherung in geschlossenem oder kleinerem Rahmen durchgeführt werden – laut der Expert*innen zeigen sich diese Effekte besonders deutlich bei Themen mit Bezug zu reproduktiven Rechten oder Geschlechter-Rollenbildern und Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt.
- Auch die negativen Auswirkungen auf die Zugänglichkeit und Reichweite der Maßnahmen und Angebote sowie auf die Zielgruppen werden explizit thematisiert. So nehmen Frauen, Mädchen, queere Personen oder von Gewalt betroffene Menschen etwa seltener an Angeboten teil und trauen sich weniger, ihre Anliegen öffentlich zu machen. Gründe hierfür sind die allgemeine Debatte, die sie verunsichert, oder die Angst, selbst zur Zielscheibe zu werden.

Regionale Verteilung

Antifeministische Angriffe sind kein Großstadtphänomen und kein „Ostproblem“.

Sie tauchen in kleinen Gemeinden genauso auf wie in großen Städten und in allen Teilen der Bundesrepublik.

Von mindestens einer Angriffsform berichten unter den Befragten:

- in Kommunen bis 20.000 Einwohner*innen: **60 Prozent**
- in Mittelstädten bis 100.000 Einwohner*innen: **68 Prozent**
- in Großstädten über 100.000 Einwohner*innen: **67 Prozent**

Die Art der Angriffe zeigt sich regional unterschiedlich akzentuiert, die Grundprobleme sind ähnlich ausgeprägt.

In einigen ostdeutschen Regionen berichten Gleichstellungsbeauftragte von einer besonders angespannten Lage, in der sich rechtsextreme Gewalt, Projektkürzungen und ein feindliches Klima gegen demokratisches Engagement überlagern.

„Es wird zunehmend gefährlich, überhaupt hier zu sein und für etwas Modernes, Progressives, Emanzipiertes einzustehen.“

(Zitat GB, ostdeutsches Bundesland, ländlicher Raum)

In westdeutschen Kommunen berichten Gleichstellungsbeauftragte häufig von Angriffen durch Anträge, Haushaltsdebatten, öffentliche Abwertung und wiederkehrende Infragestellungen in Gremien. In süddeutschen Kontexten werden besonders bei Themen rund um Schwangerschaftsabbrüche und reproduktive Rechte massive Anfeindungen beschrieben, bis hin zu schweren Bedrohungen.

„Ich wusste, ich gehe hier eine Gefahr ein. Morddrohungen in Baden-Württemberg bei diesem Thema sind keine Ausnahme mehr.“

(Zitat GB, Baden-Württemberg)

Rechtliche und politische Rückendeckung

als größte Leerstellen

Auf die Frage, welche Unterstützung vor Ort besonders nötig ist, nennen die meisten Befragten zwei Prioritäten:

- stärkere gesetzliche Regelungen, etwa bessere Gleichstellungsgesetze und mehr Schutz vor digitaler Gewalt (56 Prozent), und
- eine klare Rückendeckung durch Verwaltung und Politik (54 Prozent).

Je häufiger Befragte dabei bereits Erfahrungen mit Angriffen und strukturellen Einschränkungen gemacht haben, desto deutlicher priorisieren sie den Bedarf nach klaren rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Strategien und Best Practice

Im Rahmen der Expertinneninterviews und Online-Befragung wurden maßgebliche Strategien, fachliche Standards und lokale Praxis-Beispiele aus der kommunalen Gleichstellungsarbeit im Umgang mit Antifeminismus strukturiert erfasst und ausgewertet.

Sie bilden die Grundlage der **Handlungsansätze und Empfehlungen**, die den Lesenden und vor allem denjenigen in der kommunalen Praxis und Politik an die Hand geben werden sollen(Kapitel 3 bis 5) - und sich auf **zwei übergeordnete Handlungsfelder beziehen**:

1. **Strategien und Best Practice in Bezug auf die konkrete Arbeitspraxis** und das berufliche und fachliche Selbstverständnis.
2. **Gelungene Zusammenarbeit und verantwortliches informiertes Handeln von Verwaltung und Politik** (vor allem: von angebundenen kommunalen/behördlichen Stellen und Personen)

Zentrale Erkenntnisse

Was kommunale Gleichstellungsbeauftragte erleben und bereits seit langer Zeit problematisieren, sind keine Einzelfälle. Die konkreten Erfahrungen vor Ort müssen zum einen als Effekt bzw. im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Debatten und immer massiver auftretenden antifeministischen Einstellungen und Bewegungen gesehen werden. Zum anderen sind sie ein konkreter Indikator dafür, wie und wo sich ein zunehmend rissig werdendes Demokratieverständnis im Verhältnis zu Werten und Zielen von Gleichberechtigung, sozialer Gerechtigkeit und politischer Repräsentanz äußert. Mit der vorliegenden Handreichung wird das Gesamtbild vor dem Hintergrund konkreter Erfahrungen in zahlreichen Kommunen Deutschlands deutlich.

Die Herausgeberinnen und Autor*innen ebenso wie die befragten Expertinnen sehen konkreten und eindringlichen **Handlungsbedarf** damit verbunden:

- Gleichstellung verbindlich absichern
- Angriffe institutionell begrenzen
- Prävention frühzeitig stärken
- Bildung und Aufklärung, sowie die Stärkung von zivilgesellschaftlichem gleichstellungspolitischen Engagement sind dabei zentrale Querschnittsaufgaben, damit antifeministische, demokratiefeindliche Erzählungen und Anfeindungen nicht weiter normalisiert werden.

Fazit

Es zeigt sich, dass kommunale Gleichstellungsarbeit auch unter Druck von hoher Professionalität gekennzeichnet ist. Sie ist ein Stabilitätsanker, aber sie kann diese Rolle nur erfüllen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Prävention, Schutz und demokratische Resilienz sind keine Privatangelegenheit einzelner Stellen. Sie sind Führungsaufgabe in Verwaltung und Politik und sie brauchen verbindliche rechtliche und strukturelle Absicherung.

Wer Gleichstellungsarbeit stärkt, stärkt demokratische Infrastruktur vor Ort. Und wer Angriffe auf sie ernst nimmt, handelt nicht alarmistisch, sondern verantwortungsvoll.

Zitationshinweis

Herberth, Sabine; Hartmann, Ans (2026): Gegenwind oder doch schon ein Sturm? Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) (Hrsg.). Online verfügbar unter: www.gleichberechtigt.org

Kontakt

Pressekontakt Amadeu Antonio Stiftung:

Lorenz Blumenthaler, presse@amadeu-antonio-stiftung.de

Pressekontakt BAG kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen:

Anke Spiess, presse@gleichberechtigt.org

Fachkontakt Amadeu Antonio Stiftung:

fachstelle@amadeu-antonio-stiftung.de



**Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen**



www.gleichberechtigt.org

www.amadeu-antonio-stiftung.de